

Schweiz

Initiative für ein Verhüllungsverbot



In der Schweiz ein sehr seltenes Bild: Verschleierte arabische Touristinnen, hier auf der Luzerner Seebrücke. Foto: Urs Jaudas

Und nun das Burkaverbot

Die Initianten der Minarettinitiative wollen Niqab und Burka aus der Öffentlichkeit verbannen. Die Tourismusbranche befürchtet den Verlust zahlungskräftiger Gäste.

Markus Brotschi

Frauen, die sich mit einer Burka oder einem Niqab in der Öffentlichkeit zeigen, müssen im Tessin ab 1. Januar 2016 eine Busse bezahlen. So soll es nach dem Willen von SVP-Nationalrat Walter Wobmann in der ganzen Schweiz sein. Er lancierte gestern mit seinem Egerkinger Komitee die Volksinitiative für ein «Verhüllungsverbot». Das Komitee rechnet sich gute Chancen aus, nachdem es 2009 das Volk von einem Minarettverbot überzeugt hat. Diesem stimmten 57 Prozent zu. Die Tessiner haben 2013 das Burkaverbot sogar mit 65 Prozent angenommen.

Im Unterschied zum Minarettverbot können sich die Initianten diesmal auf Vorbilder im Ausland berufen: In Frankreich, Belgien und Italien sind Burkas oder Niqabs im öffentlichen Raum untersagt. Obwohl Wobmann und die SVP sonst wenig Wert auf Urteile aus Strassburg legen, verweisen sie auf ein Verdikt des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der das Burkaverbot für menschenrechtskonform befunden habe. Für die Initianten sind verhüllte Gesichter mit der freiheitlichen Gesellschaft un-

vereinbar: «Kein freier Mensch verhüllt sein Gesicht», so Wobmann. Ebenso widerspreche die Gesichtsverhüllung der Gleichberechtigung der Frau.

Die Initiative versetzt jedoch die Tourismusbranche in Alarmbereitschaft. Denn nach dem Willen der Initianten dürfen auch Touristinnen keinen Vollschleier tragen. «Touristen aus den Golfstaaten sind für uns eine wichtige Gästegruppe», sagt Sandrina Glaser von Interlaken Tourismus. Diese Kunden hätten wegen Frankenstärke und Buchungsrückgängen aus der Eurozone noch an Bedeutung gewonnen. 2014 seien in Interlaken rund 10 Prozent der Übernachtungen von arabischen Gästen gebucht worden. Dabei handle es sich um eine zahlungskräftige Kundschaft. Genf verzeichnet einen Anteil von 7 Prozent. Nur eine Minderheit der weiblichen Gäste aus der Golfregion sei verschleiert, sagt Pascal Buchs von Genf Tourismus. «Warum ein Problem schaffen, das keines ist?»

«Ein Burkaverbot würde dem Ruf Zürichs als weltoffener und toleranter Stadt schaden», warnt Ueli Heer, Mediensprecher von Zürich Tourismus. Im Raum Zürich gehen knapp 3 Prozent der

Buchungen aufs Konto der Golfstaaten. Dass diese ein Wachstumsmarkt sind, zeigen die Zahlen von Januar bis Juli. 67 800 Übernachtungen wurden von dieser Gästegruppe gebucht, 2014 waren es im gleichen Zeitraum 47 800. Zudem bleiben Touristen aus den Golfstaaten im Schnitt länger und geben mit 500 Franken pro Tag doppelt so viel aus wie etwa Gäste aus Italien.

Caroni: «Kein Grund für Verbot»

Mitinitiant Oskar Freysinger (SVP) beeindruckt diese Warnungen nicht. «Die gleichen Argumente hörten wir schon bei der Minarettinitiative - passiert ist nichts.» Barbara Gisi, Direktorin des Schweizer Tourismusverbandes, hält das Burkaverbot jedoch für gravierender. Vom Minarettverbot seien Touristen weniger betroffen als von einer Kleidungs Vorschrift. «Das Burkaverbot ist ein Signal gegen den Islam, das auch Gäste aus dem arabischen Raum betrifft, die keine Vollverschleierung tragen.»

CVP-Nationalrätin Ruth Humbel ärgert sich über die Volksinitiative, weil die Staatspolitische Kommission des Nationalrats im April einer parlamentari-

schen Initiative Wobmanns für ein Burkaverbot zustimmte. Diese bietet für Humbel die Möglichkeit, das Burkaverbot gesetzlich so zu regeln, dass nur in der Schweiz wohnhafte Frauen betroffen sind. «Es ist doch absurd, wenn wir wegen der Frankenstärke mehr Geld für die Tourismusförderung beschliessen und gleichzeitig zahlungskräftige Gäste vertreiben», sagt Humbel. Auch BDP-Präsident Martin Landolt plädiert für ein Gesetz, das Burkas zumindest für Behörden und Schulbesuche von Eltern verbietet. Wobmanns Volksinitiative komme nun der parlamentarischen Debatte zuvor, kritisiert Landolt. Ob die Initianten aufgrund einer Gesetzesregelung des Parlaments die Volksinitiative nun wieder zurückzögen, sei fraglich.

Bereits mit dem Abstimmungskampf rechnet FDP-Nationalrat Andrea Caroni. Er will die Initiative bekämpfen, selbst wenn er sich kaum Chancen ausrechnet. Nur weil ihn die Burka störe, sei dies aus liberaler Sicht kein Grund für ein Verbot. Er störe sich auch am Anblick eines Punks oder eines Skinheads, die ebenso mit ihrem Äusseren für eine Gesellschaftsordnung stünden, die er ablehne.

Oper-Rauswurf, Haftstrafen, Krawalle

Frankreich hat ein Verschleierungsverbot - und Mühe mit der Umsetzung.

Tina Huber

Die Schweiz stimmt möglicherweise bald über ein nationales Verhüllungsverbot ab. Das Egerkinger Komitee - bekannt geworden durch die Anti-Minarett-Initiative - hat heute die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lanciert. Obwohl nicht explizit erwähnt, ist es kein Geheimnis, dass das Komitee mit der Initiative gezielt religiöse Verschleierungen wie etwa die Burka (Ganzkörperschleier) oder den Nikab (Gesichtschleier) ins Visier nehmen will. In Frankreich ist es seit 2011 verboten, sich vollkommen verschleiert in der Öffentlichkeit aufzuhalten. Wer dagegen verstösst, kann von der Polizei angehalten werden - und muss mit einer Busse von 150 Euro rechnen, allenfalls auch mit einem Zwangskurs in Staatskunde, falls er sich weigert, die Verhüllung abzunehmen. Das Gesetz gilt für Touristen genauso wie für Einwohner.

Etlche Vorfälle haben gezeigt, wie schwierig die Umsetzung des Burkaverbots in Frankreich ist. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen, wenn die Polizei verhüllte Frauen kontrollieren will. Anfang 2014 wurde Cassandra Belin, eine 20-jährige aus der Umgebung von Paris, zu einem Monat Gefängnis auf Bewährung sowie einer Busse von 150 Euro verurteilt. Die Konvertitin war abends mit ihrem Mann und ihrer Schwiegermutter in eine Polizeikontrolle geraten. Sie weigerte sich, ihren Nikab abzulegen. Als die Polizisten sie auf den Posten mitnehmen wollten, wurde ihr Mann ausfällig. Es entbrannte eine heftige Auseinandersetzung, worauf die Frau Polizisten beleidigt und bedroht haben soll. In der Nacht und den Tagen danach gab es Ausschreitungen; eine wütende Meute stürmte den lokalen Polizeiposten. Belins Mann, auch er ein Konvertit, wurde später zu drei Monaten bedingt verurteilt.

Mehrmals pro Tag kontrolliert

In der SRF-«Tagesschau» sprach Polizeioffizier Mohamed Douhane von der Polizeigewerkschaft Synergie Officiers nach dem Vorfall über die Schwierigkeiten der Polizei mit dem Burkaverbot: Oft würden Frauen laut zu schreien beginnen, sobald sie in eine Kontrolle gerieten und ihren Gesichtsschleier ablegen sollten. «Damit wollen sie die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und sich als Opfer darstellen.»

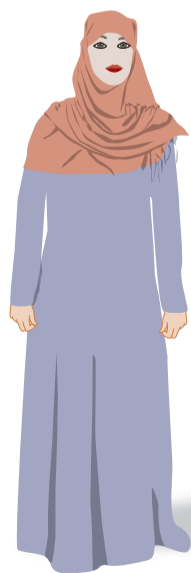
Im Oktober 2014 machte ein Fall in der Pariser Oper Schlagzeilen: Eine verhüllte Opernbesucherin musste den Saal mitten in der Vorstellung verlassen, weil sie ihre Gesichtsbedeckung nicht entfernen wollte. Einige Sänger sollen sich geweigert haben weiterzusingen, sollte die Frau sitzen bleiben.

Wenige Monate zuvor hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) das Verhüllungsverbot in Frankreich für rechtens erklärt. Das Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit stelle keine Verletzung der Grundrechte dar, urteilten die Richter. Eine junge Französin mit pakistanischen Wurzeln hatte in Strassburg gegen das Gesetz geklagt, weil sie ihre Grundrechte verletzt sah. Wie viele Personen das Verhüllungsverbot heute in Frankreich betrifft, ist unklar. Schätzungsweise rund 5 Millionen Muslime leben in Frankreich. Es kursieren verschiedene Angaben darüber, wie viele davon sich komplett verhüllen. 2009 bezifferte das französische Innenministerium die Anzahl voll verschleierter Frauen auf 1900.

Gemäss der Zeitung «Le Figaro» wurden in den ersten drei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes rund 1000 Frauen erwartet - einige davon allerdings mehrmals. Insgesamt habe es etwa 600 Frauen betroffen. Eine Konvertitin, die sich seit fast 20 Jahren verschleiert, erzählt der Zeitung, sie werde an manchen Tagen drei- oder viermal kontrolliert.

Kommentar Seite 2

Muslimische Frauen verschleiern sich auf verschiedene Weise

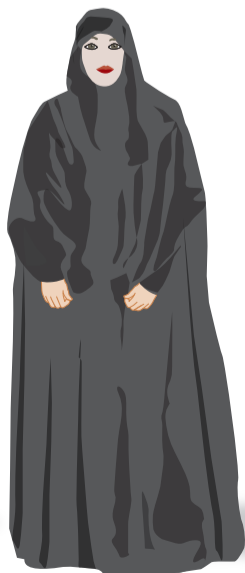


Hijab
Klassisches Kopftuch, farbig. Bedeckt die Haare und den Hals, aber nicht das Gesicht.

TA-Grafik Isabella Ballarin



Jilbab
Schwarz. Bedeckt den ganzen Körper. Nur das Gesicht bleibt unbedeckt.



Tschador
Schwarz. Bedeckt den ganzen Körper. Nur das Gesicht und die Hände bleiben sichtbar.



Niqab
Schwarz. Bedeckt den ganzen Körper und das Gesicht. Nur die Augen sind zu sehen.



Burka
Hellblau. Bedeckt den ganzen Körper und das Gesicht. Die Augen sind hinter einem Stoffgitter versteckt.